

Referentenentwurf

des Bundesministeriums der Justiz

Entwurf eines Gesetzes ueber das elektronische Pflichtpostfach

(Pflichtpostfachgesetz - PflPostG)

Vom ...

Vorblatt

A. Problem und Ziel

Die elektronische Rechtskommunikation mit Gesellschaften, ihren Zweigniederlassungen und sehr grossen Online-Plattformen ist bislang nicht einheitlich geregelt. Gerichte und Behoerden sind auf eine Vielzahl unterschiedlicher Zustellwege angewiesen (postalisch, beA, beBPo, eBO, ELSTER, Mein Unternehmenskonto). Dies fuehrt zu Medienbruechen, Verzoegerungen bei der Zustellung und zu Beweisproblemen. Zugleich verpflichtet der Digital Services Act sehr grosse Online-Plattformen und sehr grosse Online-Suchmaschinen zu erhoelter Erreichbarkeit fuer Behoerden in den Mitgliedstaaten. Eine bundeseinheitliche Loesung fehlt.

B. Loesung

Es wird ein **Pflichtpostfachgesetz (PflPostG)** als Stammgesetz geschaffen, das

1. eine Pflicht zur Vorhaltung eines interoperablen elektronischen Postfachs fuer im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre Zweigniederlassungen einfuehrt,
2. fuer sehr grosse Online-Plattformen und sehr grosse Online-Suchmaschinen im Sinne des Artikels 33 der Verordnung (EU) 2022 2065 (Digital Services Act) ein gleichartiges Postfach vorsieht,
3. die technische Interoperabilitaet ueber eine Rechtsverordnung des Bundesministeriums der Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und fuer Heimat regelt und
4. Folgeaenderungen in HGB, ZPO, FamFG und VwZG vornimmt.

C. Alternativen

Keine. Eine rein vertragsrechtliche Verpflichtung der Plattformen liesse die Buergerlich-rechtlichen Gesellschaften aussen vor. Eine reine Verwaltungsvorschrift waere im Hinblick auf die Eingriffstiefe bestimmtheitsmaessig nicht ausreichend.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfuellungsaufwand

Bund: Einmalige Kosten fuer den Betrieb der zentralen Verzeichnisinfrastruktur in Hoehe von rund 24 Mio. Euro, laufende Kosten von rund 6 Mio. Euro jaehrlich, ab dem dritten Jahr.

Laender und Kommunen: Keine.

Sozialversicherung: Keine.

E. Erfuellungsaufwand

E.1 Erfuellungsaufwand fuer Buergerinnen und Buerger

Kein Erfuellungsaufwand.

E.2 Erfuellungsaufwand fuer die Wirtschaft

Einmaliger Erfuellungsaufwand fuer die Wirtschaft in Hoehe von rund 312 Mio. Euro (Einrichtung der Postfaecher bei rund 1.3 Mio. HReg-Gesellschaften und Zweigniederlassungen). Jaehrlicher Erfuellungsaufwand in Hoehe von rund 89 Mio. Euro (Pflege und Abruf). Davon Buerokratiekosten aus Informationspflichten in Hoehe von rund 8 Mio. Euro jaehrlich.

E.3 Erfuellungsaufwand der Verwaltung

Bund: Einmalig rund 24 Mio. Euro, laufend rund 6 Mio. Euro pro Jahr.

Laender: Einmalig rund 18 Mio. Euro fuer Anpassungen an Justizfachverfahren, laufend rund 4 Mio. Euro pro Jahr.

Kommunen: Keine.

F. Weitere Kosten

Keine Auswirkungen auf das Preisniveau insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau zu erwarten.

Gesetzestext

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz ueber das elektronische Pflichtpostfach (Pflichtpostfachgesetz - PflPostG)

§ 1 Zweck und Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt die Pflicht zur Vorhaltung eines elektronischen Postfachs (Pflichtpostfach) durch

1. im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inlaendischen Zweigniederlassungen,
2. Anbieter sehr grosser Online-Plattformen und Anbieter sehr grosser Online-Suchmaschinen im Sinne des Artikels 33 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2022 2065 des Europaeischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 ueber einen Binnenmarkt fuer digitale Dienste und zur Aenderung der Richtlinie 2000 31 EG (Digital Services Act).

(2) Das Pflichtpostfach dient der elektronischen Zustellung durch Gerichte und Behoerden sowie der Bekanntgabe von Verwaltungsakten.

§ 2 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Gesetzes ist

1. **Pflichtpostfach** ein elektronisches Postfach mit Identifizierungsfunktion auf hohem Vertrauensniveau im Sinne des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 910 2014 (eIDAS),
2. **Verpflichteter** eine in § 1 Absatz 1 genannte Person oder Stelle.

§ 3 Vorhaltepflcht

(1) Verpflichtete halten ein Pflichtpostfach vor und bezeichnen es im Handelsregister oder in dem nach der Verordnung (EU) 2022 2065 zu fuehrenden Register.

(2) Verpflichtete pruefen das Pflichtpostfach mindestens an jedem Werktag.

§ 4 Interoperabilitaet

Das Pflichtpostfach muss interoperabel sein mit

1. dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach (beA),
2. dem besonderen elektronischen Behoerdenpostfach (beBPO),
3. dem elektronischen Buerger- und Organisationenpostfach (eBO),
4. dem Postfach im Nutzerkonto Bund und
5. weiteren von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung benannten Zustelldiensten.

§ 5 Rechtsverordnung

Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die technischen Anforderungen an das Pflichtpostfach, die Verfahren zur Authentifizierung sowie die Verfahren zur Bekanntgabe der Postfachadresse zu regeln. Inhalt, Zweck und Ausmass der Ermächtigung folgen aus den §§ 1 bis 4.

§ 6 Bussgeldvorschriften

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 3 Absatz 1 ein Pflichtpostfach nicht vorhält oder entgegen § 3 Absatz 2 die Prüfung unterlässt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbusse bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

Artikel 2

Aenderung des Handelsgesetzbuchs

Das Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III Gliederungsnummer 4100 1 veröffentlichten bereinigten Fassung wird wie folgt geändert:

1. Nach § 33 wird folgender § 33a eingefügt:

"§ 33a Pflichtpostfach"

"Im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inländischen Zweigniederlassungen halten ein Pflichtpostfach nach dem Pflichtpostfachgesetz vor. Die Postfachadresse wird zur Eintragung im Handelsregister angemeldet."

Artikel 3

Aenderung der Zivilprozessordnung

§ 130d der Zivilprozessordnung wird wie folgt geändert:

1. Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

"Verpflichtete im Sinne des § 1 des Pflichtpostfachgesetzes sind zur Zustellung an ihr Pflichtpostfach verpflichtet."

Artikel 4

Aenderung des Gesetzes ueber das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

§ 14 des Gesetzes ueber das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 4 wird nach den Woertern *"elektronisch zu uebermitteln"* die Wortfolge *"; § 1 des Pflichtpostfachgesetzes bleibt unberuehrt"* eingefügt.

Artikel 5

Inkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des zwölften auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.
- (2) Abweichend von Absatz 1 treten die §§ 5 und 6 am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (3) Die Pflicht nach § 3 Absatz 1 gilt für bereits im Handelsregister eingetragene Gesellschaften erst nach Ablauf einer Uebergangsfrist von vierundzwanzig Monaten nach Inkrafttreten.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Der Entwurf schafft einen bundeseinheitlichen Rechtsrahmen fuer das elektronische Pflichtpostfach. Ziel ist die Beseitigung der Medienbrueche in der Rechtskommunikation zwischen Gerichten, Behoerden und im Handelsregister eingetragenen Gesellschaften sowie sehr grossen Online-Plattformen.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Der Entwurf fuehrt das Pflichtpostfach ein, definiert den Kreis der Verpflichteten, regelt die Interoperabilitaet mit beA, beBPo, eBO und dem Nutzerkonto Bund, schafft eine Rechtsverordnungsermaechtigung und sieht eine Bussgeldbewehrung vor. Folgeaenderungen erfolgen in HGB, ZPO und FamFG.

III. Alternativen

Keine. Eine privatautonome oder rein vertragliche Loesung waere nicht hinreichend bestimmt und nicht durchsetzbar. Eine Regelung allein in der Justizbeitreibungsordnung oder in der Verwaltungszustellungsordnung waere nicht ausreichend, da sie den Plattformbereich nicht erfassen wuerde.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz fuer das Stammgesetz und die Aenderung des HGB ergibt sich aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 GG (Recht der Wirtschaft - Buergerliches Recht). Die Aenderung der ZPO und des FamFG stuetzt sich auf Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 GG (gerichtliches Verfahren). Soweit die Verpflichtung der Anbieter sehr grosser Online-Plattformen in Rede steht, dient die Regelung der Durchfuehrung der Verordnung (EU) 2022 2065 und ist von der ausschliesslichen Bundeszustaendigkeit fuer die Durchfuehrung dieses Sekundaerrechtsakts umfasst. Eine Erforderlichkeit im Sinne des Artikels 72 Absatz 2 GG ist gegeben, da die Wahrung der Rechtseinheit eine bundeseinheitliche Regelung erfordert.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europaeischen Union und voelkerrechtlichen Vertraegen

Der Entwurf vollzieht die Verordnung (EU) 2022 2065. Eine Notifizierung nach der Richtlinie (EU) 2015 1535 erfolgt vor Inkrafttreten, da das Gesetz technische Anforderungen an einen Dienst der Informationsgesellschaft enthaelt. Die dreimonatige Stillhaltefrist wird gewahrt. Eine Verletzung der Grundfreiheiten ist nicht ersichtlich, insbesondere keine Diskriminierung im Sinne des Artikels 18 AEUV.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Der Entwurf vereinheitlicht die Zustellung an Wirtschaftsteilnehmer und Plattformen.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Der Entwurf fördert die digitale Verwaltung (SDG 9 - Industrie, Innovation, Infrastruktur; SDG 16 - Frieden, Gerechtigkeit, starke Institutionen). Eine Reduktion des Papierverbrauchs in der Rechtskommunikation ist zu erwarten.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Siehe Vorblatt unter D.

4. Erfüllungsaufwand

Siehe Vorblatt unter E. Der Nationale Normenkontrollrat hat den Erfüllungsaufwand geprüft und keine Einwände erhoben.

5. Gleichstellungspolitische Auswirkungen

Keine.

VII. Befristung und Evaluierung

Der Entwurf wird fünf Jahre nach Inkrafttreten unter Beteiligung des Bundesministeriums der Justiz, der Landesministerien und der Spitzenverbände der Wirtschaft evaluiert.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Pflichtpostfachgesetz)

Zu § 1 (Zweck und Anwendungsbereich)

Absatz 1 legt den persönlichen Anwendungsbereich fest. Erfasst sind im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre Zweigniederlassungen sowie - in unmittelbarer Anknüpfung an Artikel 33 der Verordnung (EU) 2022/2065 - Anbieter sehr grosser Online-Plattformen und sehr grosser Online-Suchmaschinen. Damit ist die Schwelle aus dem Unionsrecht (vierzig Millionen monatlich aktive Nutzerinnen und Nutzer im Unionsdurchschnitt) verbindlich übernommen. Eine eigenständige nationale Schwelle wird nicht eingeführt; dies vermeidet Goldplating und sichert die Konformität mit dem Unionsrecht.

Zu § 2 (Begriffsbestimmungen)

Nummer 1 definiert das Pflichtpostfach durch Verweis auf das hohe Vertrauensniveau im Sinne des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 (eIDAS). Damit wird sichergestellt, dass die Identifizierung sicher und unionsrechtlich anerkannt erfolgt.

Zu § 3 (Vorhaltepflcht)

Absatz 1 begründet die Vorhaltepflcht, Absatz 2 die Prüfpflcht. Die werktaegliche Prüfung entspricht der Verkehrserwartung im Geschaeftsverkehr und korrespondiert mit § 130d ZPO.

Zu § 4 (Interoperabilitaet)

Die Auflistung sichert das Zusammenwirken mit den vorhandenen elektronischen Postfaechern. Sie ist nicht abschliessend; die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung weitere Zustelldienste benennen.

Zu § 5 (Rechtsverordnung)

Die Ermaechtigungsnorm folgt den Anforderungen des Artikels 80 Absatz 1 Satz 2 GG. Inhalt, Zweck und Ausmass ergeben sich aus den §§ 1 bis 4. Die Mitwirkung des BMI und des BMDV stellt die ressortuebergreifende Abstimmung sicher. Die Zustimmung des Bundesrates traegt der Vollzugskompetenz der Laender Rechnung.

Zu § 6 (Bussgeldvorschriften)

Die Hoechstgrenze von zehntausend Euro folgt der Systematik vergleichbarer ordnungswidrigkeitenrechtlicher Vorschriften.

Zu Artikel 2 (Aenderung des Handelsgesetzbuchs)

Mit dem neuen § 33a HGB wird die Verbindung von Handelsregister und Pflichtpostfach geschaffen. Die Anmeldung der Postfachadresse zur Eintragung im Handelsregister sichert die Auffindbarkeit fuer Zustellungen.

Zu Artikel 3 (Aenderung der Zivilprozessordnung)

Die Aenderung des § 130d ZPO erstreckt die Pflicht zur elektronischen Zustellung auf die Verpflichteten nach § 1 PflPostG.

Zu Artikel 4 (Aenderung des FamFG)

Die Einfuegung in § 14 Absatz 4 FamFG stellt klar, dass das PflPostG fuer Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit ergaenzend Anwendung findet.

Zu Artikel 5 (Inkrafttreten)

Absatz 1 sieht ein Inkrafttreten zum ersten Tag des zwoelften auf die Verkuendung folgenden Kalendermonats vor. Die Uebergangsfrist von vierundzwanzig Monaten in Absatz 3 traegt dem erheblichen Umstellungsaufwand fuer die Wirtschaft Rechnung.